
Haushaltskonsolidierungskonzept zum Haushaltsplan

Für das Jahr 2014

INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung
2. Ursachenbeschreibung
3. Prüfung freiwilliger Leistungen
4. Zielbeschreibung

1. Einleitung

Nach § 92 Abs. 4 HGO ist ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, wenn

1. der Haushalt trotz Ausnutzung aller Einsparmöglichkeiten bei den Aufwendungen und Auszahlungen und Ausschöpfung aller Ertrags- und Einzahlungsmöglichkeiten nicht ausgeglichen werden kann oder
2. Fehlbeträge aus Vorjahren auszugleichen sind oder
3. nach der Ergebnis- und Finanzplanung (§ 101 HGO) im Planungszeitraum Fehlbeträge erwartet werden.

Es ist von der Gemeindevertretung zu beschließen und der Aufsichtsbehörde mit der Haushaltssatzung vorzulegen. Nach § 24 Abs. 4 GemHVO sind im Haushaltssicherungskonzept die Ursachen für den nicht ausgeglichenen Ergebnishaushalt zu beschreiben. Es muss verbindliche Festlegungen enthalten über das Konsolidierungsziel, die dafür notwendigen Maßnahmen und den angestrebten Zeitraum, in dem der Ausgleich des Ergebnishaushaltes erreicht werden soll.

Zuletzt wurde für das Haushaltsjahr 2013 ein Haushaltssicherungskonzept aufgestellt und beschlossen. Die darin genannten Maßnahmen bzw. die Entscheidungen aufgrund früherer Sicherungskonzepte haben zu einer deutlichen Verbesserung der Gemeindefinanzen beigetragen:

- der Gebührenhaushalt „Abwasserbeseitigung“ ist nicht mehr defizitär
- der Gebührenhaushalt „Wasserversorgung“ ist nicht mehr defizitär
- die Grundsteuer B wurde ab dem Jahr 2013 auf 290 vom Hundert erhöht
- die Gewerbesteuer wurde ab dem Jahr 2013 auf 330 vom Hundert erhöht
- 2 mögliche Wiederbesetzungen im Bauhof unterbleiben
- die Beträge in den Richtlinien zur Vereinsförderungen wurden gemindert
- der Zuschuss für „saisonale Veranstaltungen“ wurde gestrichen
- die Mieten der Gemeindewohnungen wurden, soweit möglich, erhöht
- die Erbbauzinsen wurden, soweit möglich, erhöht
- die Zahl der Gemeindevertreter wurde vermindert
- die Zahl der Ausschüsse und deren Mitgliederzahl wurde vermindert
- die Teilnehmergebühren bei den Ferienspielen wurde erhöht
- die Campinggebühren wurden erhöht
- die Verkaufspreise für die Ferienkarten bei den Badeseen wurden erhöht
- die gegenüber der Wohntreff Mainhausen bestehenden Forderungen werden verzinst
- nicht benötigte Grundstücke und Gebäude wurden, soweit möglich, verkauft
- energetische Sanierungen wurden durchgeführt
- die Benutzungs- und Gebührenordnungen für das Vereinsheim am Main, für die Bürgerhäuser und die Sporthalle Zellhausen wurden geändert, bestehende Gebühren erhöht und neue Gebührentatbestände eingeführt.
- an Schüler mit guten Noten werden keine kostenlosen Badekarten mehr ausgegeben
- die Grünschnittentsorgung in Mainflingen wurde eingestellt
- die Gebühren der Friedhofsordnung wurden erneut angepasst
- die Änderung der Spielapparatesteuersatzung führt zu erheblichen Mehrerträgen
- eine Teilzeitstelle im Bereich des Umweltamtes wurde nicht wiederbesetzt
- durch die Einschaltung eines externen Beraters wurden die Aufwendungen in den Bereichen Gebäudereinigung, Versicherungsangelegenheiten, Porto- und Stromkosten reduziert
- die Gebührensatzung der Kindertagesstätte wird mit dem Ziel geändert Mehrerträge zu erzielen
- Ein Festplatz wurde geschlossen. Dadurch verringern sich die Bauhofleistungen
- Im Bereich der anderen Festplätze und der Toilettenbenutzung wurden die Kostenerstattungen erhöht

Durch diese Maßnahmen wurden die Fehlbeträge der früheren Haushaltsjahre deutlich gesenkt.

Der für das Haushaltsjahr 2014 nicht ausgeglichene Betrag bei den Aufwendungen und Erträgen ermittelt sich wie folgt:

| | |
|--|--------------|
| Summe der ordentlichen Erträge und der Zinserträge | 17.722.400 € |
| Summe der ordentlichen Aufwendungen u. d. Zinsaufwendungen | 18.252.761 € |
| Nicht ausgeglichener Betrag | 530.361 € |

| | |
|------------------------|--------------|
| Summe der Einzahlungen | 17.728.440 € |
| Summe der Auszahlungen | 18.701.621 € |
| Negativer Betrag | 973.181 € |

Fehlbeträge aus Vorjahren (ordentliches Ergebnis)

In der durch die Revision geprüften Bilanz zum 31.12.2012 werden keine Fehlbeträge beim ordentlichen Ergebnis für die Jahre 2008 bis 2012 ausgewiesen. In der Haushaltsplanung des Jahres 2013 ist ein ordentlicher Fehlbetrag von 547.697,-- Euro enthalten.

Weiterhin ergeben sich in der Ergebnis- und Finanzplanung für die Folgejahre erneut Fehlbeträge.

2. Ursachenbeschreibung

Ursachen für den nicht ausgeglichenen Ergebnishaushalt

a) Kreis- und Schulumlage

Das Defizit von 530.361 € ist im Wesentlichen durch die hohen Aufwendungen für die Kreis- und Schulumlage bedingt. Die Höhe der Kreis- und Schulumlage hat folgende Entwicklung genommen:

(ab 2008 einschließlich der Zuführung zur Rückstellung für Finanzausgleich bzw. Minderung der Rückstellung)

| | |
|------|-------------------------------|
| 2008 | 5.503.471 € |
| 2009 | 4.729.538 € |
| 2010 | 3.588.759 € |
| 2011 | 5.649.841 € |
| 2012 | 4.914.248 € |
| 2013 | 5.452.200 € (Haushaltsansatz) |
| 2014 | 5.572.100 € (Haushaltsansatz) |

Auf diese Zahlungen kann die Gemeinde Mainhausen jedoch keinen Einfluss nehmen. Insbesondere hat die Gemeinde die mehrfachen Erhöhungen des Umlagesatzes bei der Kreis- und Schulumlage in den letzten Jahren nicht zu vertreten.

b) Kompensationsumlage

Durch das Land Hessen wurde das Finanzausgleichsgesetz geändert und eine sogenannte Kompensationsumlage ab dem Jahr 2010 eingeführt. Dadurch entstehen der Gemeinde folgende jährliche Aufwendungen (Produktkonto 6120.7371000):

| | |
|------|-----------------------------|
| 2010 | 115.272 € |
| 2011 | 138.406 € |
| 2012 | 286.622 € |
| 2013 | 183.700 € (Haushaltsansatz) |
| 2014 | 170.100 € (Haushaltsansatz) |

c) Gewerbesteuerumlage

| | |
|------|-----------------------------|
| 2007 | 700.572 € |
| 2008 | 938.210 € |
| 2009 | 602.550 € |
| 2010 | 368.789 € |
| 2011 | 847.387 € |
| 2012 | 839.993 € |
| 2013 | 704.000 € (Haushaltsansatz) |
| 2014 | 800.000 € (Haushaltsansatz) |

d) Fehlbeträge gemeindeeigene Einrichtungen

Ein weiterer Grund für den Verlust des Ergebnishaushaltes sind die Defizite bei den Bürgerhäusern, Vereinsheimen, Sporthallen und Sportplätzen. Aufgrund der für das Haushaltsjahr 2014 veranschlagten Aufwendungen und Erträge ergibt sich ein Defizit in Höhe von insgesamt 682.291,--€.

Diese Defizite sind mittelfristig auch nicht zu beseitigen. Aufgrund des Alters der Gebäude ist in Zukunft mit einem erhöhten Reparaturaufwand zu rechnen. Auch nach den durchgeführten Änderungen der bei den Gebührenordnungen haben sich die Defizite nur unwesentlich gemindert. Einsparungen (z.B. beim Energieverbrauch und den Betriebskosten) werden angestrebt. Beim Bürgerhaus in Mainflingen wurde eine energetische Sanierung durchgeführt.

e) Schwankende Steuereinnahmen

Zu den größten Erträgen gehören das Gewerbe- und das Einkommensteueraufkommen. Das Gewerbesteueraufkommen hat in den vergangenen Jahren folgende Entwicklung genommen:

| | |
|------|-------------------------------|
| 2007 | 3.052.134 € |
| 2008 | 4.386.590 € |
| 2009 | 2.837.425 € |
| 2010 | 1.684.764 € |
| 2011 | 3.749.916 € |
| 2012 | 3.898.192 € |
| 2013 | 3.400.000 € (Haushaltsansatz) |
| 2014 | 4.000.000 € (Haushaltsansatz) |

Die gebuchten Erträge betragen im Jahr 2013 am 10.12.2013 2.893.589,--€. €. Aufgrund der allgemein guten wirtschaftlichen Lage werden in den Jahren 2013 und 2014 ebenfalls höhere Beträge als im Jahr 2010 erwartet. Allerdings sind bei einigen größeren Gewerbesteuerzahlern Umstrukturierungen zu beachten, so dass vermutlich in den Folgejahren das bisher gute Ergebnis des Jahres 2011 ohne weitere positive Faktoren nicht erreicht werden kann.

Der Bundesverband des Deutschen Städte- und Gemeindebundes hat für das Land Hessen folgende Prognosen hinsichtlich der Entwicklung des Aufkommens am Gemeindeanteil an der Lohnsteuer, der veranlagten Einkommensteuer und des Zinsabschlages veröffentlicht: (Stand Steuerschätzung Mai 2013)

| | |
|------|---------------|
| 2014 | + 5,5 Prozent |
| 2015 | + 5,3 Prozent |
| 2016 | + 5,2 Prozent |
| 2017 | + 4,9 Prozent |

Diese Prognosen sind jedoch erheblich von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abhängig. Aufgrund der Tatsache, dass ein Anteil von 58,0 Prozent des Steueraufkommens und der Schlüsselzuweisungen an den Kreis in Form der Kreis- und Schulumlage abzuführen ist, wird das Ziel, in naher Zukunft einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt vorzulegen, erheblich erschwert. Das Einkommensteueraufkommen und die Schlüsselzuweisungen haben sich wie folgt entwickelt:

| | Einkommensteueranteil | Schlüsselzuweisungen |
|------------------------|-----------------------|----------------------|
| 2007 | 3.837.993 € | 1.476.359 € |
| 2008 | 4.268.062 € | 927.246 € |
| 2009 | 4.191.167 € | 716.437 € |
| 2010 | 3.914.671 € | 63.973 € |
| 2011 | 4.098.138 € | 860.035 € |
| 2012 | 4.442.634 € | 1.141.659 € |
| 2013 (Haushaltsansatz) | 4.772.200 € | 719.300 € |
| 2014 (Haushaltsansatz) | 4.930.000 € | 835.400 € |

f) Friedhöfe

Das Defizit im Ergebnishaushalt ist auch durch die Unterdeckung im Gebührenhaushalt Friedhof- und Bestattungswesen bedingt. Hier sind folgende Defizite entstanden:

| | |
|------|-----------------------------|
| 2009 | 277.530 € |
| 2010 | 177.167 € |
| 2011 | 194.923 € |
| 2012 | 243.157 € |
| 2013 | 162.194 € (Haushaltsansatz) |
| 2014 | 202.677€ (Haushaltsansatz) |

g) Kindertagesstätten

Im Bereich der Kinderbetreuung entsteht erneut ein Defizit. Ein ausgeglichenes Ergebnis in diesem Bereich ist jedoch aufgrund der familienpolitischen Zielsetzungen nicht erreichbar. Die Defizite sind ab dem Jahr 2010 aufgrund des geänderten Personalschlüssels in den Kindergartengruppen stetig gestiegen. Sofern sich der Bund oder das Land in Zukunft nicht mit nennenswerten Beträgen beteiligt, werden die Defizite auch mittel- bzw. langfristig nicht zu vermeiden sein. Die Entwicklung der Defizite bei den Kindertagesstätten stellt sich wie folgt dar:

| | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 |
|---------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| Panama | 287.880 | 268.411 | 272.396 | 281.601 | 304.291 |
| Klecksehaus | 281.163 | 282.609 | 303.211 | 308.378 | 322.703 |
| Farbenland | 338.399 | 259.578 | 244.423 | 335.749 | 320.817 |
| sonst. Kindergärten | 620.126 | 631.558 | 794.814 | 760.199 | 880.007 |
| Summe | 1.437.601 | 1.442.156 | 1.614.844 | 1.685.927 | 1.827.818 |

(Jahre 2010 bis 2012 IST Zahlen, Jahre 2013 und 2014 jeweils Haushaltsansätze)

h) Campingplatz und Badeseen

Dem Eigenbetrieb Campingplatz und Badeseen Mainhausen wird die Differenz zwischen den verbilligten Badekarten für Mainhäuser Bürger und der allgemeinen Gebühr erstattet. Hier wurden bisher folgende Beträge (Haushaltsstelle 3110 7128100) aufgewendet:

| | |
|------|----------------------------|
| 2007 | 54.668 € |
| 2008 | 43.692 € |
| 2009 | 42.280 € |
| 2010 | 43.076 € |
| 2011 | 24.490 € |
| 2012 | 16.276€ |
| 2013 | 24.000 € (Haushaltsansatz) |
| 2014 | 17.000€ (Haushaltsansatz) |

Aufgrund der Gebührenerhöhungen bzw. dem Verzicht auf die Ausgabe von kostenlosen Badekarten, hat sich der zu erstattende Betrag in den letzten Jahren stetig verringert.

4. Prüfung freiwilliger Leistungen

Im Haushaltsplan des Jahres 2014 sind folgende freiwilligen Leistungen enthalten:

| Konto | Produkt | Bezeichnung | Betrag/Euro |
|-----------------|--------------------------------------|--------------------------------------|-------------|
| 1. 1110.6550000 | Gemeindegremien | Ehrungen | 200,00 € |
| 2. 1110.6139000 | Gemeindegremien | Veranstaltungen | 800,00 € |
| 3. 1110.6869000 | Gemeindegremien | Repräsentation | 4.000,00 € |
| 4. 1110.6860000 | Gemeindegremien | Verfügungsmittel Bürgermeisterin | 1.920,00 € |
| 5. 1110.6860100 | Gemeindegremien | Verfügungsmittel Vorsitzender | 1.680,00 € |
| 6. 1110.6871000 | Gemeindegremien | Erfrischungen | |
| 7. 1118.6560000 | Einrichtungen der ges. Verwaltung | Belegschaftsveranstaltungen 2.500 | |
| 8. 1260.6140000 | Brandschutz | Ehrungen | 500,00 € |

| | | | |
|------------------|--------------------------------|---|-------------|
| 9. 1260.7128000 | Brandschutz | Zuschuss Kameradschaftskasse | 4.500,00€ |
| 10. 2620.7128000 | Musikpflege | Zuschuss für Musik- u. Gesangvereine | 24.000,00 € |
| 11. 2720.7128000 | Büchereien | Zuschuss Borromäus-Bücherei | 1.000,00 € |
| 12. 3110.6089100 | soziale Hilfe Grundversorgung | Aufwendungen Seniorenveranstaltungen | 2.500,00 € |
| 13. 3110.7128100 | soziale Hilfe Grundversorgung | Ausgleich Eigenbetrieb, vergünstigte Badekarten | 24.000,00 € |
| 14. 3110.7128300 | soziale Hilfe Grundversorgung | Seniorenbetreuung der Pfarrgemeinden | 600,00 € |
| 15. 3110.7128000 | soziale Hilfe Grundversorgung | Zuschüsse sonstige Vereine | 27.000,00 € |
| 16. 3150.7128000 | Freiwillige soziale Leistungen | Zuschüsse DRK-Station | 600,00 € |
| 17. 3620.6399000 | Jugendarbeit | Hausaufgabenhilfe | 2.000,00 € |
| 18. 3620.7128000 | Jugendarbeit | Kommunale Jugendaktivitäten | 30.000,00 € |
| 19. 3620.7128400 | Jugendarbeit | Zuschuss betreuende Grundschule | 22.000,00 € |
| 20. 5710.6010000 | Wirtschaft u. Tourismus | Geschäftsausgaben | 5.000€ |

Anmerkung: Die hier früher auch aufgeführten Zuschüsse für Sportvereine gehören aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem Minister des Innern und für Sport und den Verbänden nicht mehr zu den freiwilligen Leistungen.

Summe

Investiver Bereich

| | | |
|---|-------------------------|----------|
| Defizit Produkt 5732 Bürgerhaus Mainflingen | Anschaffung von Geräten | 500,00€ |
| Defizit Produkt 5733 Bürgerhaus Zellhausen | Anschaffung von Geräten | 500,00 € |

Die Kommunalaufsicht fordert, dass im Rahmen der Aufstellung des Haushaltssicherungskonzeptes auch die „freiwilligen Leistungen“ geprüft werden. Die Prüfung hat sich auf folgende Sachverhalte zu beziehen:

- Besteht ein zwingendes öffentliches Bedürfnis für die Wahrnehmung der Aufgabe?
- Ist die Höhe des Zuschusses dem angestrebten Zweck angemessen?
- Wie ist die eigene Leistungsfähigkeit der letztlichen Nutzer zu bewerten?
- Stellen die Verfahren der Vergabe des Zuschusses und der Verwendungskontrolle die Erfüllung des zwingenden öffentlichen Bedürfnisses sicher?

Aufgrund der Vielzahl der oben stehenden Positionen werden in die Prüfung der freiwilligen Leistungen nur die Leistungen einbezogen, die mehr als 2.000,-- Euro betragen, da die anderen Aufwendungen für die Haushaltswirtschaft der Gemeinde von untergeordneter Bedeutung sind.

Die Fragen a) bis d) werden bezüglich der Positionen 1. bis 20. wie folgt beantwortet, soweit der Aufwand mehr 2.000,-- Euro beträgt.

Zu 3.

- Ein zwingendes öffentliches Bedürfnis an der Veranschlagung von Aufwendungen für Repräsentationen besteht nicht.
- Im Hinblick auf die Höhe von 4.000,-- Euro und die Vielzahl der wahrzunehmenden Aufgaben erscheinen die Zuwendungen jedoch angemessen.

c) entfällt

d) Ja

zu 7).

a) Ein zwingendes öffentliches Bedürfnis für die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Belegschaftsveranstaltungen des Gemeindepersonals besteht nicht.

b) In Hinblick auf den angestrebten Zweck der Anerkennung der Arbeit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den unterschiedlichen Dienststellen und die relativ große Zahl Beschäftigten erscheint die Höhe des Zuschusses von 2.500,--- Euro als angemessen.

c) Unterschiedlich

d) Ja

Zu 9.

a) Ein zwingendes öffentliches Bedürfnis für die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Kameradschaftskasse der beiden Ortsteilfeuerwehren besteht nicht.

b) In Hinblick auf den angestrebten Zweck der Anerkennung der ehrenamtlich tätigen Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren und die große Zahl der aktiven Einsatzkräfte ist die Höhe des Zuschusses von 4.500,--- Euro angemessen.

c) Unterschiedlich

d) Ja

Zu 10.

a) Ein zwingendes öffentliches Bedürfnis für die Förderung von Musik- und Gesangvereinen bzw. der Musikschule besteht nicht. Jedoch hat die Gemeinde nach § 19 Abs. 1 HGO in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit für ihre Bürger die erforderlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen öffentlichen Einrichtungen bereitzustellen. Die Förderung von Musik- und Gesangvereinen gehört zu den Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge.

b) Aufgrund der großen Zahl der aktiven Mitglieder der Vereine erscheinen die Zuwendungen als angemessen.

c) unterschiedlich

d) Die Zahlungen erfolgen aufgrund einer Einzelfallregelung (Musikschule) und den Richtlinien zur Vereinsförderung.

Zu 12.

a) Ein zwingendes öffentliches Bedürfnis für die Durchführung von Seniorenveranstaltungen besteht nicht. Nach § 1 HGO fördert die Gemeinde das Wohl ihrer Bürger. Hierzu gehört auch, dass Personen die altersbedingt nicht mehr uneingeschränkt mobil sind, am öffentlichen Leben teilhaben können.

b) Aufgrund der Vielzahl älterer Bürgerinnen und Bürger erscheint der Haushaltsansatz als angemessen.

c) Unterschiedlich

d) Ja

Zu 13.

- a) Ein zwingendes öffentliches Bedürfnis für die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Erstattung von Beträgen an den Eigenbetrieb wegen des Verkaufs von vergünstigten Badekarten besteht nicht. Allerdings ist der Eigenbetrieb vollständig im Eigentum der Gemeinde. Wenn die Bezuschussung nicht erfolgt, ist fraglich, ob der Eigenbetrieb aufrecht erhalten werden kann bzw. in welcher Höhe sich Verlustübernahmen ergeben würden. Nach § 108 Abs. 2 HGO sind die Vermögensgegenstände der Gemeinde wirtschaftlich zu verwalten. Der Eigenbetrieb ist ein Vermögensgegenstand der Gemeinde.
- b) Im Hinblick auf die Erhaltung des Eigenbetriebes erscheint die Höhe des Zuschusses als angemessen.
- c) entfällt
- d) Ja

Zu 15.

- a) Ein zwingendes öffentliches Interesse an der Förderung von sonstigen Vereinen besteht nicht. Jedoch hat die Gemeinde nach § 19 Abs. 1 HGO in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit für ihre Bürger die erforderlichen wirtschaftlichen, sozialen, sportlichen und kulturellen öffentlichen Einrichtungen bereitzustellen. Die Förderung von Vereinen, in denen sich jeder Bürger unterschiedlich betätigen kann, gehört zur Daseinsvorsorge.
- b) Die Höhe des Zuschusses ist aufgrund der Vielzahl der Aktivitäten als angemessen anzusehen.
- c) Unterschiedlich
- d) Kommunale Einrichtung

Zu 18.

- a) Seitens der Gemeinde besteht ein zwingendes öffentliches Bedürfnis für die Wahrnehmung dieser Aufgabe, obwohl diese Aufgaben zu den originären Aufgaben des örtlichen Trägers der Jugendhilfe nach dem Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch gehört um dem Landkreis Offenbach obliegt.
- b) Die Höhe des Zuschusses ist aufgrund der Vielzahl der teilnehmenden Kinder und Jugendlichen als angemessen anzusehen.
- c) Unterschiedlich
- d) kommunale Einrichtung

Zu 19.

- a) Nach § 24 Abs. 2 Sozialgesetzbuch VIII ist für Kinder im schulpflichtigen Alter ein bedarfsgerechtes Angebot an Plätzen in Tageseinrichtungen vorzuhalten.
- b) Die Höhe des Zuschusses ist aufgrund der Zahl der betreuten Kinder als angemessen anzusehen.
- c) Unterschiedlich
- d) Ja

Zu 20.

- a) Seitens der Gemeinde besteht ein zwingendes öffentliches Bedürfnis für diese Aufgaben. Die Gemeinde ist auf die Steuereinnahmen und die Arbeitsplätze angewiesen
- b) Um die Ansiedlung und den Bestand an Betrieben zu sichern ist der Zuschuss angemessen.
- c) Unterschiedlich
- d) Ja

4. Zielbeschreibung

Zielsetzung der gemeindlichen Haushaltsplanung ist spätestens bis zum Jahr 2020 einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt zu erreichen. An diesem Ziel, das auch bereits im Konsolidierungskonzept des Jahres 2013 enthalten war, wird unverändert festgehalten.

1. Der Fehlbetrag des Jahres 2014 ist zu einem erheblich Teil durch hohe Reparaturaufwendungen für das Infrastrukturvermögen und Gemeindegebäude bedingt. Im Haushaltsjahr 2014 sollen neben den üblichen Reparaturen nicht nur die Sanierung der Mainbrücke erfolgen, sondern auch die Gebäude auf die LED Technik umgerüstet werden.

Die einmaligen und sich jährlich nicht wiederholenden Aufwendungen belasten das Ergebnis erheblich. Die Aufwendungen bei den Buchungsstellen der jeweiligen Produkte mit den Konten 6061000 bis 6066000 (Materialaufwand für Gebäude und Außenanlagen, Materialaufwand für Straßen, Wege, Plätze Brücken, Friedhofsanlagen, Beleuchtungsanlagen usw.) stellen sich wie folgt dar:

| | |
|---|---------------------|
| Haushaltsansätze für diese Aufwendungen im Jahr 2014: | 1.040.650,--€ |
| abzüglich Zuschüsse Umrüstung LED Technik ca. | - 60.000,--€ |
| <u>abzüglich veranschlagter Zuschuss zur Sanierung der Mainbrücke</u> | <u>- 96.000,--€</u> |
| Rest | 884.650,--€ |

| | | |
|---|--------------------|---------------------|
| Haushaltsansätze für diese Aufwendungen im Jahr 2013: | 309.950,--€ | |
| Aufwendungen im Jahr 2012: | 664.372,--€ | |
| Aufwendungen im Jahr 2011: | 221.121,--€ | |
| Aufwendungen im Jahr 2010: | 416.855,--€ | |
| Aufwendungen im Jahr 2009: | 832.038,--€ | |
| <u>Aufwendungen im Jahr 2008:</u> | <u>390.851,--€</u> | |
| Summe in 6 Jahren | 2.835.157,--€ | |
| Durchschnitt pro Jahr | 472.526,--€ | <u>-472.526,--€</u> |

Mehraufwand für Reparaturen und Instandsetzungen im Jahr 2014 gegenüber dem Durchschnitt der letzten Jahre seit der Einführung der Doppik **412.124,--€**

Aufgrund der hohen Schwankungen bei diesen Aufwendungen werden in Zukunft in diesem Bereich geringere Aufwendungen von durchschnittlich mindestens **200.000,-- €** pro Jahr erwartet.

Aufgrund der bisherigen Festlegungen und den Prognosen bezüglich des Steueraufkommens stehen weiterhin folgende Veränderungen neben dem oben unter Ziffer 1 aufgeführten Minderungen an:

2. Vor der nächsten Kommunalwahl wird die Hauptsatzung geändert und die Zahl der ehrenamtlichen Beigeordneten auf vier festgelegt. Dadurch entstehen bei dem Produkt 1110, Gemeindegremien, weniger Aufwendungen von jährlich rd. 4.000 €.
3. Nach den veröffentlichten Daten des Bundesverbandes des Deutschen Städte- und Gemeindebundes werden bei der Gewerbesteuer folgende jährliche Steigerungen prognostiziert:
(Stand Steuerschätzung Mai 2013)
Jahr 2015 3,1 Prozent gegenüber 2014
Jahr 2016 3,0 Prozent gegenüber 2015
Jahr 2017 2,9 Prozent gegenüber 2016
Jahr 2018 2,9 Prozent gegenüber 2017
4. Nach den veröffentlichten Daten des Bundesverbandes des Hessischen Städte- und Gemeindebundes werden Steigerungen bei der Einkommensteuer in Höhe folgender Höhe prognostiziert:
(Stand Steuerschätzung Mai 2013)
Jahr 2015 5,0 Prozent gegenüber 2014
Jahr 2016 5,0 Prozent gegenüber 2015
Jahr 2017 4,9 Prozent gegenüber 2016
Jahr 2018 4,9 Prozent gegenüber 2017.
5. Am 31.10.2014 endet die Arbeitszeit eines beschäftigten Mitarbeiters des Bauhofes. Die monatlichen Lohnkosten betragen 2.300 €. Die Stelle wird entfallen.
6. Aufgrund des Verkaufs von 2 bisher als Spielplätze genutzten Flächen und ca. 30 Hektar Gemeindewald sind Sondertilgungen bei den Darlehen möglich. Sofern die Kreditgeber einer Sondertilgung zustimmen, vermindert sich der jährliche Zinsaufwand um rd. 41.000 €.
7. Von den Steigerungen beim Gewerbesteueraufkommen nach Ziffer 3 ist ein Anteil von ca. 66 Prozent an Gewerbesteuerumlage und Kreis- und Schulumlage an Dritte abzuführen.
8. Von den Steigerungen beim Einkommensteueraufkommen nach Ziffer 4 ist ein Anteil von 58 Prozent an Kreis- und Schulumlage abzuführen.
9. Die Personalkosten betragen rd. 3,5 Millionen € pro Jahr. Aufgrund der jährlichen Tarifabschlüsse und anderer Erhöhungen werden Steigerungen von 3 Prozent jährlich erwartet.

Da die bis zum Jahr 2012 vorgenommenen Veränderungen nicht ausgereicht haben, um die Fehlbeträge maßgeblich zu senken, wurden ab dem Haushaltsjahr 2013 folgende, teilweise drastische, Maßnahmen beschlossen bzw. umgesetzt:

1. Erhöhung der Grundsteuer B von 260 von Hundert auf 290 von Hundert
2. Erhöhung der Gewerbesteuer von 310 von Hundert auf 330 von Hundert
3. Verminderung der allgemeinen Vereinszuschüsse
4. Streichung des Zuschusses für „saisonale Veranstaltungen“
5. Verkauf von 2 Spielplätzen als Bauland, damit Verringerung der Bauhofleistungen
6. Erhöhung der Kindergartengebühren

Die oben aufgeführten Maßnahmen haben sich auf die Haushaltsplanung für das Jahr 2014 wie folgt ausgewirkt:

| Produktnummer | Bezeichnung | Betrag/Euro |
|-----------------|--|--------------|
| 1. 6110.5552000 | Grundsteuer B | 125.000 |
| 2. 6110.5553000 | Gewerbesteuer | 242.000 |
| 3. 2620.7128000 | Zuschüsse Musik- und Gesangvereine | 5.000 |
| 3110.7128000 | Zuschüsse allgemeine Vereine | 5.000 |
| 4210. 7128000 | Zuschüsse Sportvereine | 3.000 |
| 4. 2810.7128000 | Zuschüsse saisonale Veranstaltungen | 2.000 |
| 5. 3660.9400003 | Bauhofleistungen | 5.795 |
| 6. 3651.5110000 | Kindergartengebühren Kiga K. Adenauer Str. | 2.500 |
| 3652.5110000 | Kindergartengebühren Kiga Aussiger Straße | 2.500 |
| 3653.5110000 | Kindergartengebühren Kiga An d. Sporthalle | <u>2.500</u> |

Summe **395.295**

Diese Änderungen wurden im vorgelegten Haushaltsplanentwurf für 2014 eingearbeitet. Nur mit diesen Maßnahmen kann der Fehlbetrag im Vergleich zum Haushaltsansatz 2013 verringert werden.

Zusammenstellung für die folgenden Jahre (Angaben in tausend Euro):

| Jahr | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 |
|-------------------------------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|
| Maßnahme | | | | | | |
| 1. | 200 | 200 | 200 | 200 | 200 | 200 |
| 2. | 4 | 4 | 4 | 4 | 4 | 4 |
| 3. | 124 | 248 | 371 | 498 | 628 | 762 |
| 4. | 247 | 506 | 772 | 1050 | 1344 | 1651 |
| 5. | 5 | 30 | 30 | 30 | 30 | 30 |
| 6. | 41 | 41 | 41 | 41 | 41 | 41 |
| 7. | -82 | -164 | -245 | -329 | -414 | -503 |
| 8. | -143 | -293 | -448 | -609 | -780 | -958 |
| 9. | -105 | -213 | -324 | -438 | -555 | -675 |
| Saldo | 291 | 359 | 401 | 447 | 498 | 552 |
| Fehlbetrag 2014 | 530 | 530 | 530 | 530 | 530 | 530 |
| verbleibender Fehlbetrag | 239 | 171 | 129 | 83 | 32 | |
| Überschuss | | | | | | 22 |

Dieses Haushaltssicherungskonzept wurde durch die Gemeindevertretung der Gemeinde Mainhausen am 10.12.2013 beschlossen.

Mainhausen, den 11.12.2013

Der Gemeindevorstand der

Gemeinde Mainhausen

Disser, Bürgermeisterin

Hauptamt Doppik